

18 Milliarden sind bei Luxus-Pensionen zu holen

Experten-Vorschläge. Bernd Marin kritisiert vorzeitigen Ruhestand bei Beamten und das Fehlen betrieblicher Vorsorge

Vom heutigen Pensionsgipfel der Regierung werden keine großen Würfe erwartet – zumal die Regierungsspitze nicht einmal daran teilnehmen soll. Zu weit sind Rot und Schwarz bei Fragen wie der rascheren Erhöhung des Frauenpensionsalters auseinander bzw. will man unpopuläre Maßnahmen so kurz vor der Bundespräsidentenwahl nicht anpacken.

Dabei gäbe es Schritte, die man relativ einfach setzen könnte – und die erhebliche Einsparungen bringen würden.

Pensionsexperte Bernd Marin, Rektor der privaten Webster University in Wien, schlägt im Gespräch mit dem KURIER drei Punkte vor, die die Regierung sehr rasch umsetzen könnte – wenn sie denn nur wollte.

Nicht nachbesetzen

Erstens sei es „unbegreiflich“, sagt Marin, dass bis zu

98 Prozent der öffentlich Bediensteten vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden: „In den geschützten Werkstätten der Gemeinde- und Landesbediensteten geht niemand mehr zum Regelalter in Pension“, sagt Marin. Er ortet schwerwiegende Fehler im System: „Das muss ja bewilligt werden. Es gibt Verantwortliche für diese Art der strukturellen Korruption.“

Vorzeitiger Ruhestand

Marin glaubt, dass man es „leicht abstellen“ könnte,

dass „gerade Staatsdiener mit garantierten Arbeitsplätzen noch vorzeitiger als Arbeitnehmer im exponierten Sektor harter Weltmarkt Konkurrenz in Pension gehen“.

Sein konkreter Vorschlag: „Durch vorzeitigem Ruhegenuss vakante Stellen so lange nicht nachbesetzen, bis der Frühpensionist das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.“

An den Universitäten würde heute sehr oft mit Vakanz gearbeitet. „Glauben Sie mir, dann hört sich dieser

Spuk sehr rasch auf. Allein der Druck der Kollegenschaft, die weiß, sie bekommt drei oder sieben oder elf Jahre keine Nachbesetzung. Finanzminister Schelling sollte den Mut und die Kraft haben, das einzufordern.“

Betriebliche Vorsorge

Zweiter Punkt: Die betriebliche Vorsorge.

Hier „gibt es ausnahmsweise viel Übereinstimmung zwischen den Koalitions- und Sozialpartnern – umso rätselhafter, das nichts geschieht“, sagt Marin. Österreich sei eines der Schlusslichter in Europa, während die Mehrheit der EU-Europäer, 66 % der Deutschen und sogar 90 % der Schweden großzügige betriebliche Zusatzpensionen haben. In Deutschland, der Schweiz oder etwa Ungarn können Arbeitnehmer auch ohne Arbeitgeber ihr Entgelt in Zusatzvorsorge umwandeln.

Diesen Rechtsanspruch solle man gesetzlich verankern.

15 bis 18 Milliarden

Drittens: Die Luxus-Renten. Hier könnte man, sagt Marin, bis 2040 in etwa so viel holen, wie die Pleite der Hypo Alpe-Adria den Steuerzahler kosten dürfte: 15 bis 18 Milliarden Euro.

Denn die erste Reform fiel „leider lachhaft“ aus: „Die Regierung hatte versprochen, Sonderpensionen um fünf bis 25 Prozent zu kürzen – geworden sind es weniger als ein Prozent.“

Marin glaubt, dass Einschnitte hier „außerordentlich populär wären und politisch wirksam“ würden: „Nichts regt die Leute – zu Recht – so auf wie verkehrte Umverteilung von Bedürftigen zu Begüterten, dass 80-prozentige Beitragslücken für Spitzenrenten von kleinen Leuten alimentiert werden.“

– PHILIPP HACKER-WALTON

**Bernd Marin,
Direktor der
privaten
Webster
University in
Wien: Manche
Reform „fiel
lachhaft aus“**



PEPO SCHNITZER